

Verschwiegenes Ziel: EURAFRIKA



Während die Medien schweigen und verschweigen, will auch ein Großteil der Deutschen am liebsten nichts sehen und nichts hören, wie die berühmten drei Affen. Durch das frühe Ausscheiden der bundesdeutschen Internationalmannschaft bei der Fußball-WM war der Bürger zwar nicht mehr so abgelenkt, die wirklich wichtigen Dinge bekam er trotz allem nicht mit. Diese spielten sich, wie gewohnt von der Öffentlichkeit kaum beachtet und von der Presse totgeschwiegen, diesmal im fernen Marrakesch ab. Dort, auf afrikanischem Boden, tagten die EU-Außenminister, um aus dem Europa, wie wir es kennen, ein EURAFRIKA zu machen.

(mehr dazu auf Seiten 2 und 3)

Das offene Wort

»Wir werden nicht mit-schuldig daran sein und die europäische Absicht, die Zusammensetzung der Bevölkerung des Kontinents zu verändern, ernsthaft in Frage stellen.«

Ungarns Außenminister
Péter Szijjártó

Am **2.5.2018** tagten in Marrakesch die EU-Außenminister mit ihren Kollegen etlicher afrikanischer Staaten und verabschiedeten eine sogenannte »Marrakesch Political Declaration«, die ungeahnte Folgen haben wird, wenn die Parlamente sie absegnen würden. Einzig der ungarische Außenminister verweigerte seine Zustimmung (siehe oben).

Den bundesdeutschen Medien waren die ungeheuerlichen Pläne kaum eine Meldung oder gar eine Beurteilung wert, man findet in den »Leitmedien« lediglich eine 6-zeilige *afp*-Meldung.

Anders ausländische Zeitungen. Die *Schweizer Morgenpost SMOPO* titelte: »EU will bis zu 300 Millionen afrikanische Flüchtlinge holen«.

Das steht so natürlich nicht in dem 8-seitigen englischsprachigen Papier, schon gar keine Zahlen. Aber man kann die unabsehbaren Folgen des »Marrakesch Action Plan 2018-2020« so interpretieren.

Unsere Anfragen beim Presse- und Informationsamt der Bundesregierung und beim Auswärtigen Amt in Berlin, ob ein autorisierter deutscher Text vorläge, blieb bisher unbeantwortet.

Stell' dich dumm, dann hast du deine Ruhe! Das ist wohl das gemeinsame Motto, meint Ihre

Sabine Möller

Roßtäuscher am Werk

Roßtäuscherei bezeichnet ein irreführendes Handeln, um den Kaufinteressenten über den Gesundheitszustand, das Alter oder den Wert eines Pferdes zu täuschen.

Genau diese Trickserei führten uns Frau *Merkel* und Herr *Seehofer* in den letzten Wochen vor. Da wurde bis aufs Messer um das letzte Dutzend Migranten pro Monat mehr oder weniger gerungen – alles Roßtäuscherei!

Der Öffentlichkeit soll vorgegaukelt werden, daß ausgerechnet die CDU/CSU ein Bollwerk gegen die ungebremsste Migration kultur-fremder Menschen nach Deutschland und Europa sei. Gleichzeitig werden, allerdings hinter den Kulissen, die Planungen für neue Migrationswellen vorangetrieben.

Während auf der Berliner Bühne die parteiinternen Schaukämpfe stattfanden, wurden am 2. Mai dieses Jahres in der marokkanischen Stadt Marrakesch schon mal die Pflöcke für eine »legale« und »gesteuerte« Migration aus afrikanischen Ländern nach Europa eingeschlagen.

Dieses Treffen der 27 EU-Außenminister mit ihren afrikanischen Kollegen (siehe Protokollauschnitt auf Seite 3) fand ohne öffentliche Wahrnehmung statt, da die selbsternannten »Qualitätsmedien«, ihrem manipulativen Auftrag entsprechend, nicht informierten bzw. berichteten.

Nun könnte man einwenden, daß das Interesse nicht allzu groß sei, da es sich bereits um die fünfte »Euro-Afrikanische Ministerkonferenz« handelte, also um einen »Routinevorgang«.

Bereits 2006 gab es in der marokkanischen Hauptstadt Rabat ein Treffen der Außenminister, um darüber zu beraten, wie die EU durch geeignete Maßnahmen und enorme Geldzuwendungen den Menschen in Afrika eine

Zukunft ermöglichen könnten – wohlgermerkt: in Afrika!

Alles Schnee von gestern. Nachdem hunderte Milliarden Euro, die im Laufe der Jahre in die »aufstrebenden« Staaten Afrikas flossen, nichts bewirkten, wird das totgerittene Pferd von der anderen Seite aufgezümt.

Jetzt sollen Afrikaner, manche Beurteiler der »Declaration« sprechen von bis zu 300 Millionen, in den nächsten Jahrzehnten nach Europa geholt werden.

Wieder phantasieren unsere Politiker die hochqualifizierten Fachkräfte herbei, die, sofern vorhanden, viel dringender in ihren Heimatländern gebraucht würden – um die geht es aber auch gar nicht.

Die wahre Zielsetzung wird deutlich durch die Weigerung des ungarischen Außenministers *Péter Szijjártó*, diese Marrakesch-Deklaration zu unterschreiben. Er nannte das Dokument »eine extrem pro-migrationäre Erklärung, die Ungarns Interessen widerspricht.« Das ursprüngliche Ziel des Rabat-Prozesses sei es gewesen, die Migration nach Europa zu stoppen – dieses Dokument würde die Migration weiter vorantreiben. »Diese Erklärung widerspricht völlig den Interessen Ungarns und Europas.«

Wenn uns deutsche Politiker schon verkaufen, ist es wichtig, in Europa wahre Freunde zu haben!

ZUM NACHDENKEN:

**Heimatrecht
ist ein
Menschenrecht
– auch für uns
Deutsche!**

Die Marrakesch-Deklaration: **Europa kapituliert**

Als vor zwölf Jahren der sogenannte Rabat-Prozeß, so genannt nach dem Tagungsort des ersten Treffens europäischer und afrikanischer Politiker, stattfand, war das Ziel klar: Zuwanderung aus Afrika nach Europa weitgehend unterbinden, die Länder und Menschen vor Ort, unter anderem mit erheblichen Geldsummen, unterstützen und damit den afrikanischen Kontinent auf Dauer politisch und wirtschaftlich stabilisieren. Wie wir ja alle wissen, hat das auch prima geklappt.

Nachdem dreistellige Milliardenbeträge ins Nirwana verschwanden und die illegale Zuwanderung Schwarzafrikaner in den letzten Jahren nach Europa dramatisch zunahm und weiter zunimmt, haben unsere EU-Außenminister das Patentrezept gefunden: Machen wir doch aus den illegalen Einwanderern in Zukunft legale, die mit dem Segen der Eurokraten Europa besiedeln und bereichern.

Klingt nach gesteuertem und gewolltem Volkstod der angestammten Bevölkerung, ist wohl auch so beabsichtigt.

Nachfolgend einige Beispiele:

- »[...] die Partner des Rabat-Prozesses erkennen die Notwendigkeit an, die Wege zur regulären Migration zu fördern und zu stärken [...] und die Mobilität bestimmter Gruppen von Reisenden (insbesondere von Geschäftsleuten, jungen Berufstätigen oder Forschern) zwischen europäischen und nord-, west- und zentralafrikanischen Ländern zu fördern.«
- »[...] die reguläre Migration und Mobilität, insbesondere von Jugendlichen und Frauen, zwischen Europa und Nord-, West- und Zentralafrika sowie innerhalb dieser Regionen zu fördern. [...] Förderung der Einrichtung von

Austauschnetzen zwischen Berufsbildungseinrichtungen und Arbeitsämtern in Europa und Afrika, um die Fähigkeiten junger Migranten in vollem Umfang zu nutzen.«

Man merke auf: Da sich die jungen kräftigen Männer schon millionenfach in Europa tummeln, sollen jetzt verstärkt junge Frauen zwecks Familiengründung nachgeholt werden, wie gesagt, legal und von der EU gefördert.

Geschichten »mit sinnstiftenden Inhalten« erzählt und verbreitet, um die angestammte Bevölkerung auf die schöne neue Welt vorzubereiten.

- »Förderung der Integration von Flüchtlingen und Zwangsvertriebenen durch die Einrichtung von Kampagnen, die sich sowohl an die Gemeinden und Kommunen als auch an die Flüchtlinge und Asylanten wenden und ihre Rechte und Pflichten in den Gastländern thematisieren.«

Es wird hier vermutlich der Fokus auf die Belehrung über die Rechte handeln, das mit den Pflichten wird wie gewohnt untergehen.



Rabat Process
Euro-African Dialogue
on Migration and Development

Marrakesch Political Declaration

WE, Ministers of Foreign Affairs, of the Interior, of Integration, in charge of Migration and high representatives of the following countries: AUSTRIA, BELGIUM, BENIN, BULGARIA, BURKINA FASO, CABO VERDE, CAMEROON, CENTRAL AFRICAN REPUBLIC, CHAD, CONGO, CÔTE D'IVOIRE, CROATIA, CYPRUS, CZECH REPUBLIC, DEMOCRATIC REPUBLIC OF THE CONGO, DENMARK, EQUATORIAL GUINEA, ESTONIA, FINLAND, FRANCE, GABON, GAMBIA, GERMANY, GHANA, GREECE, GUINEA, GUINEA-BISSAU, IRELAND, ITALY, LATVIA, LIBERIA, LITHUANIA, LUXEMBOURG, MALI, MALTA, MAURITANIA, MOROCCO, NETHERLANDS, NIGER, NIGERIA, NORWAY, POLAND, PORTUGAL, ROMANIA, SÃO TOMÉ AND PRÍNCIPE, SENEGAL, SIERRA LEONE, SLOVAKIA, SLOVENIA, SPAIN, SWEDEN, SWITZERLAND, TOGO, TUNISIA and UNITED KINGDOM; High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy and European Commissioner for Migration, Home Affairs and Citizenship; and high representatives of the Economic Community of West African States Commission; and Algeria and Libya as observer countries;

MEETING the 2nd May 2018 in Marrakesh, at the invitation of the Kingdom of Morocco;

ACKNOWLEDGING the growing relevance of migration issues at the global level in general, and in Euro-African and Intra-African relations in particular, as well as the need to identify adapted and coordinated responses for the management of migration flows in all their aspects;

RECALLING the commitments made by the Rabat Process partners in the framework of the 2006 Joint Africa-EU Declaration on Migration and Development, the 2014 Africa-EU Declaration on

Leider gibt es bis jetzt keine amtliche deutsche Übersetzung der Marrakesch-Deklaration. Für den Interessierten ist das englische Original im Internet nachzulesen:
<http://bit.ly/UN818MaPD>

- »Die Partner werden Anstrengungen unternehmen einen ausgewogenen Narrativ zu fördern, der auf Fakten basiert und die positive Bedeutung der Migration in den Ursprungs-, Transit- und Zielländern herausstellt.«

Bedeutet: In abgestimmten, koordinierten Aktionen sollen mit Hilfe der gleichgeschalteten Medien »Narrative« gefördert werden, oder auf gut deutsch: Es werden

Die Marrakesch-Deklaration ist momentan noch eine Absichtserklärung, und dient zur Vorbereitung auf eine Gipfelkonferenz der UNO im Dezember, auf der ein »Globaler Pakt für Migration« zwischen allen Mitgliedsstaaten garantieren soll, daß Migranten ständig geordnet in andere Länder einwandern können.

Europa verabschiedet sich aus der Weltgeschichte!

Bedrohte Retter

»Das Boot „Vos Thalassa“ mit 66 aus dem Mittelmeer geretteten Migrant an Bord darf nicht an einem italienischen Hafen anlegen. Die neue italienische Regierung, an der auch die ausländerfeindliche Lega beteiligt ist, will so verhindern, daß gerettete Migrant nach Europa kommen.«

So oder ähnlich berichteten bundesdeutsche »Qualitätsmedien« im letzten Monat. Bei einigen wenigen Meldungen findet sich noch der Hinweis, die »Flüchtlinge« »hätten das Leben der Besatzung auf der „Vos Thalassa“ gefährdet.«

Was geschehen war, findet sich nur in ausländischen Medien, z. B. in der italienischen Zeitung *Corriere della Sera*:

Das sinkende Boot mit 66 »Flüchtlingen«, darunter 58 Männer, war zwischen Öltürmen im Operationsgebiet der libyschen Küstenwache von einem italienischen Schiff entdeckt worden, welches die Menschen an Bord nahm.

»Der Kapitän des [italienischen] Schiffes berichtete über eine ernsthafte Gefahr für die Sicherheit des Schiffes und seiner Besatzung von 12 Seeleuten, alle italienischer Nationalität, ausgelöst durch Drohungen einiger Migrant gegenüber der Besatzung – aus Angst vor einer Übergabe an die libysche Küstenwache. Angesichts dieser Situation und nach weiteren Gesprächen zwischen dem Kommandanten der „Vos Thalassa“ und dem Küstenwachen-Operationszentrum war es notwendig, die italienische Küstenwache mit dem Schiff „Diciotti“ zu rufen, um die Sicherheit der Besatzung des Schleppers unter italienischer Flagge zu gewährleisten.«



Die große »Flüchtlings«-Welle steht noch bevor

Europa muß sich auf massive Einwanderung aus Afrika einstellen, sagt ein amerikanischer Forscher. Daran werde auch Entwicklungshilfe nichts ändern. Den moralischen Standpunkt der Deutschen findet er »sonderbar«.

Der Journalist und Afrika-Kenner *Stephen Smith* hat ein Buch verfaßt, das für Kontroversen sorgt. Das bislang nur in französischer Sprache erschienene Werk trägt den Titel »La ruée vers l'Europe«, also »Ansturm auf Europa«. Demnach sei angesichts der demographischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in Afrika und Europa eine massive Migration Richtung Norden unausweichlich.

Laut Prognosen wird Europa im Jahr 2050 aus 450 Millionen alternden Bewohnern bestehen, während Afrika von 2,5 Milliarden mehrheitlich jungen Menschen bewohnt sein wird. Laut *Smith* wird dasselbe geschehen wie früher in Europa: Zwischen 1850 und dem Ersten Weltkrieg wanderte rund ein Fünftel der Bevölkerung aus. Laut Umfragen wollen 42 Prozent der Afrikaner im Alter zwischen 15 und 25 Jahren auswandern.

Dieser unzufriedenen und schier unüberschaubaren Masse steht ein völlig liberalisiertes Europa gegenüber, das es sich zur Aufgabe gemacht zu haben scheint, unterzugehen.

Dabei wäre es faktisch leicht möglich, die Flüchtlingswelle aufzuhalten. Die Europäischen Staaten verfügen zusammen über ausreichend Mittel, um alle Grenzen dicht zu machen.

Einen ernstzunehmenden internationalen Widerstand dagegen würde es kaum geben. Die Vereinigten Staaten unter *Trump* schotten sich ebenfalls ab, Rußland und China wäre ein gefestigtes Europa als Partner lieber als ein unkalkulierbarer, im Chaos versinkender Kontinent. Trotzdem passiert nichts. Es fehlt am Willen der verantwortlichen Politiker.

Und mit den Afrikanern wird auch die afrikanische Lebensweise »integriert«. Die Zustände werden sich verschlechtern, der Wohlstand wird sinken. Frauen werden zu »Dienern«, Männer zu Mordopfern, Kinder zu Bandenkriegern. Wenn dann Europa kein Traum mehr ist, in dem Milch und Honig fließen, »flüchten« nachfolgende Migrant dann eben in andere »reiche Länder« Asiens oder Amerikas.

Flüchtlings- kriminalität: Zahlen und Fakten

Das Märchen von den Einzelfällen

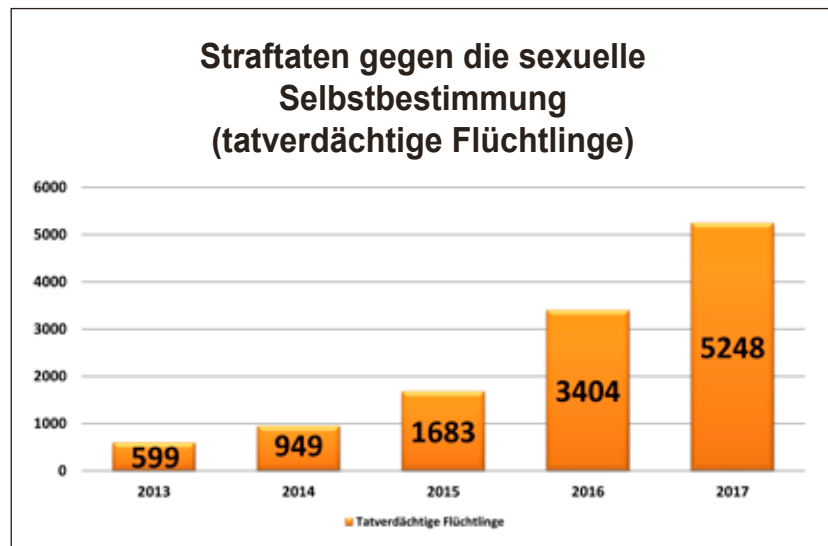
Die alltägliche Manipulation zum Thema Flüchtlingskriminalität ist unerträglich. Ständig werden neue Mittel und Wege gesucht, um die Flüchtlingskriminalität herunterzurechnen und zu verharmlosen.

So lesen und hören wir immer von Einzelfällen. Nebestehende Zahlen hingegen belegen, daß es sich um alles andere als Einzelfälle handelt. Wer künftig noch von Einzelfällen redet, hat entweder seinen Beruf als Journalist/Politiker verfehlt oder belügt die Öffentlichkeit absichtlich.

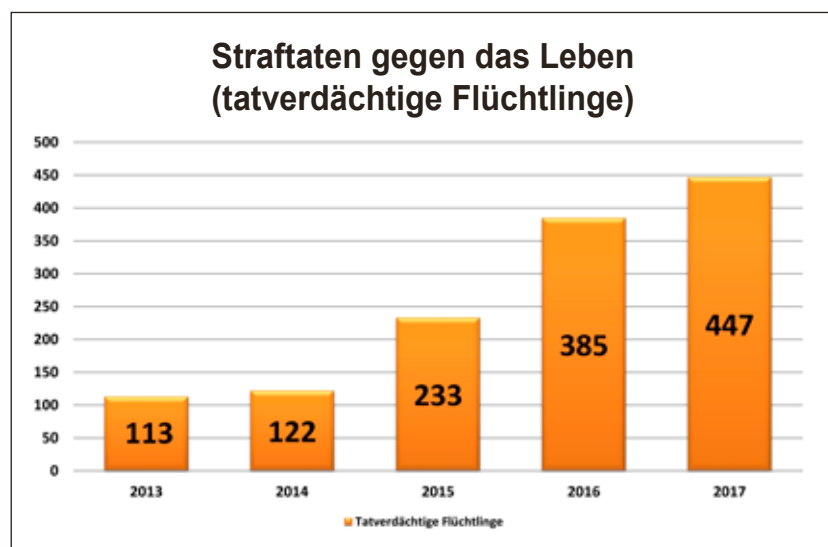
Dann lesen und hören wir umfangreich vom schweren Schicksal der Täter. Wir wollen und möchten diese Massenverblödung nicht mehr hören und lesen. Uns interessieren die Opfer, ihre Familien und wie künftig unsere Sicherheit gewährleistet werden soll.

Es wird über »Obergrenzen« diskutiert, über »Transitzentren«, die dann politisch korrekt nach Wunsch der SPD »Transferzentren« heißen sollen. Nein, wir fordern die Rückführung der Flüchtlinge in Ihre Heimat, um z.B. in Syrien beim Wiederaufbau des Landes zu helfen!

Das Bundeskriminalamt (BKA) hat im Mai die Daten zur Flüchtlingskriminalität in der Ausarbeitung »Kriminalität im Kontext von Zuwanderung, Bundeslagebild 2017« veröffentlicht. Die Lage ist außerordentlich dramatisch, wie die nachfolgenden Statistiken belegen.



Statistik oben: Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (u.a. Vergewaltigung, sexuelle Belästigung, sexuelle Nötigung) mit mindestens einem tatverdächtigen Flüchtling.



Statistik unten: Straftaten gegen das Leben (u.a. versuchter und vollendeter Mord, Totschlag und fahrlässige Tötung) mit mindestens einem tatverdächtigen Flüchtling.

Die Mörder:

»Es war doch nur eine Frau.«

Täter: Hussein K.

Alter: vermutlich 26, aus Afghanistan

Tat: Vergewaltigung / Mord

Opfer: Maria L. (16)

Hussein K. kam über Griechenland, wo er eine zweijährige Haft verbüßte, weil er dort eine Frau lebensgefährlich verletzte. Bereits im Alter von ca. 14 Jahren soll er im Iran ein Mädchen vergewaltigt haben. Bei der Einreise als »Flüchtling« in Deutschland im November 2015 gab er vor, minderjährig zu sein, was ihm die deutschen Behörden glaubten. Hussein K. wurde wegen Vergewaltigung und Mord zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. Bei der Verurteilung merkte Hussein K. an: »Es war doch nur eine Frau.«

Täter: Abdul D.

Alter: vermutlich 20, aus Afghanistan

Tat: Mord

Opfer: Mia V. (15)

Abdul D. kam im April 2016 nach Deutschland. Er beantragte Asyl und wurde als »unbegleiteter minderjähriger Flüchtling« eingestuft. Sein Asylantrag wurde im Februar 2017 abgelehnt; er erhielt keinen Flüchtlings- oder einen anderen Schutzstatus. Wegen seiner Einstufung als minderjährig wurde er aber nicht abgeschoben.

Am 27.12.2017 rammte Abdul D. der erst 15-jährigen Mia V. mehrere Male ein rund 20 Zentimeter langes Messer in den Leib, woran sie starb. Der Prozeß läuft noch.

Beide Morde zeigen wirklich jedem Bürger die Folgen einer falschen Flüchtlingspolitik. Maria L. und Mia V. könnten beide noch leben.

Merkeles Flüchtlingspolitik

Die Mörder:

»Wir sehen uns in vier Jahren! Ich hab' ne Deutsche umgebracht.«

Täter: Hamed H.

Alter: 18, aus Afghanistan

Tat: Mord

Opfer: Jaqueline F. (21)

»Wir sehen uns in vier Jahren! Ich hab' ne Deutsche umgebracht.« Der polizeibekanntes Afghane erwürgt seine Freundin auf dem Bett im Haus seiner Eltern. Bei der Verhaftung kontert er heftig mit den obigen Worten. Der Täter ist wegen Körperverletzung einschlägig bekannt.

Täter: Mullham D.

Alter: 25, aus Syrien

Tat: Mord

Opfer: Melissa S. (27)

Anders als die Vorgenannten flüchtete Mullham D. 2014 mit einem Studentenvisum aus Syrien und hatte hier ein Studium der Elektrotechnik aufgenommen, also vermutlich eine gesuchte »Fachkraft«. Am 25.4.2017 tötete er die 27-jährige Melissa S. mit 22 Messerstichen. Der bislang nicht polizeilich in Erscheinung getretene Mullham D. gilt als schuldunfähig und wurde in eine Psychiatrie überstellt.

Anmerkung: Die auf dem Foto genannten Todesopfer durch Flüchtlinge sind nur einige aus der Opferliste. Auch die genannten Täter sind nur beispielhaft. So sind einige der auf den Grabsteinen genannten Täter hier aus Platzgründen nicht näher aufgeführt.

Auch die Zahl der bereits bekannten Todesopfer durch gewalttätige Flüchtlinge, die bisher bekannt ist, dürfte um einiges höher sein, weil in vielen Fällen keine Täter ermittelt werden konnten.



Zahlen sagen mehr als viele Worte

Es ist so beschämend wie üblich, wie Politik und Medien die Kriminalität von Flüchtlingen herunterspielen.

Da werden akrobatische Berechnungen aufgestellt, mit fadenscheinigen Argumenten beschwichtigt oder verschwiegen, wenn es darum geht, Flüchtlingskriminalität zu verharmlosen.

Allen Beschwichtigern ins Stammbuch:

- Jede Straftat ist eine zu viel, ob sie von Deutschen oder angeblich Schutzsuchenden verübt wird.

Maria L. (19), Mia V. (15), Susanna F. (14) – stellvertretend für viele – könnten aber ohne die Merkelsche Willkommenspolitik noch leben!

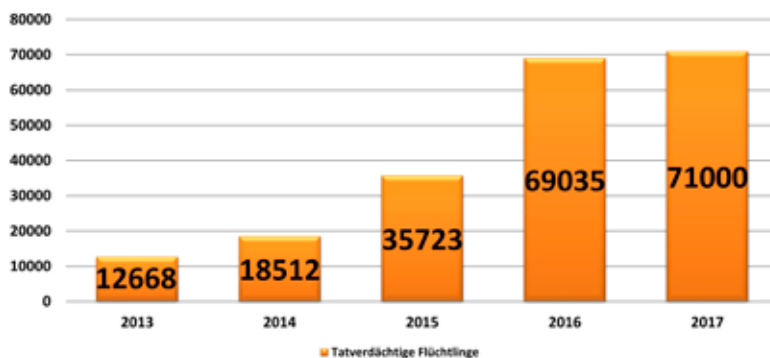
- Die Ausrede, auch Deutsche seien kriminell und ihr Anteil sei nicht geringer, geht fehl.

Die hier aufgeführten Statistiken zeigen eindeutig, daß die Zahlen der Straftaten durch Flüchtlinge rasant steigen. Darum geht es, nicht um kriminelle Deutsche, die es ebenfalls gibt.

- Ausreden wie Frust oder Armut können keine Argumente sein, insbesondere nicht für sexuelle Straftaten. Auch der Hinweis auf andere kulturelle Wurzeln und Traditionen taugen nicht zur Entschuldigung, zur Begründung milder Strafen und zur Ablehnung einer Abschiebung.

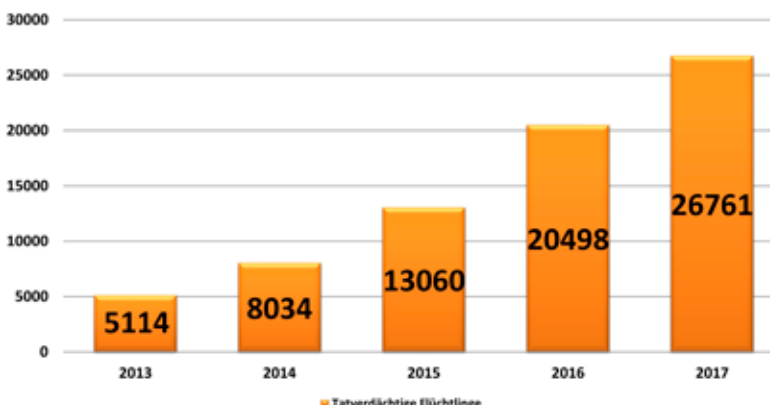
Legen Sie Ihren Gesprächspartnern, die anderer Meinung sind, diese Statistiken vor, die Zahlen sind eindeutig und sagen mehr als tausend Worte!

Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die persönliche Freiheit (tatverdächtige Flüchtlinge)



Statistik oben: Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die persönliche Freiheit (u.a. Körperverletzungsdelikte, Raubstraftaten, Freiheitsberaubung, Nötigung und Bedrohung) mit mindestens einem tatverdächtigen Flüchtling.

Rauschgiftdelikte (tatverdächtige Flüchtlinge)



Statistik oben: Rauschgiftdelikte mit mindestens einem tatverdächtigen Flüchtling.

Weitere Erläuterungen zur Flüchtlingskriminalität:

Erfasst werden in der »Polizeilichen Kriminalstatistik« (PKS) die der Polizei bekannt gewordenen und durch sie endbearbeiteten versuchten und vollendeten Straftaten bei Abgabe an die Staatsanwaltschaft.

- Die überwiegende Mehrheit der tatverdächtigen Zuwanderer war männlich (87 Prozent).
- Zwei Drittel (66 Prozent) der tatverdächtigen Flüchtlinge waren jünger als 30 Jahre.

- Insgesamt wurden im Jahr 2017 im Bereich der Allgemeinkriminalität (ohne ausländerrechtliche Verstöße) 289.753 Straftaten registriert, bei denen mindestens ein Zuwanderer als Tatverdächtiger ermittelt wurde.

verteilt/überreicht von:

Gegen Heuchler und öffentlichen Irrsinn

Mit einem Brandbrief verabschiedete sich der Landrat des Landkreises Weimar-Land, *Hans-Helmut Münchberg* (vormals SED, dann CDU, zuletzt parteilos) von seinem Amt. Im Amtsblatt des Kreises vom 24.3.2018 faßte er die Erkenntnisse aus seinem langjährigen Dienst zusammen:

»Heuchler beherrschen derzeit die öffentliche Meinung:

Da soll das „Behördenversagen“ untersucht werden, das zu dem grausamen Attentat auf dem Weihnachtsmarkt in Berlin geführt hat. Es wird der Eindruck erweckt, unsere Welt sei in Ordnung und nur die Behörden hätten „versagt“. Unserer Polizei und Geheimdiensten wird seit Jahren beständig Sand ins Getriebe gestreut, ihre Funktionsfähigkeit eingeschränkt und ihre Mitarbeiter werden demotiviert. Unseren Polizisten wird die Rolle der zahnlosen Tiger zugeschoben.

Die, die daran schuld sind, faseln jetzt, man hätte den Attentäter Amri längst hinter Gitter bringen können.

Ich weiß aus eigener Erfahrung, wie viel Mühe es kostet, in Thüringen, das rot-rot-grün regiert wird, einen vielfachen Straftäter aus dem Migrantenumfeld hinter Gitter zu bringen, leider nur zeitweise. Er ist wieder frei und immer noch in Deutschland.

Nach der Silvesternacht 2015 in Köln mit den Vergewaltigungen faselten die Heuchler, die Polizei „habe versagt“. Hätte der Polizeichef von Köln von seinem Innenminister eine angeforderte Verstärkung bekommen, um mit aller Härte des Gesetzes eingreifen zu können? In einem Bundesland, in dem von der Ministerpräsidentin

„Willkommenskultur“ propagiert wird? Und die Ministerpräsidentin (SPD) will erst vier Tage nach diesem brisanten Vorfall etwas erfahren haben? In einer Zeit, da ein Kurierfahrzeug der Polizei mit Blaulicht ihr die Nachricht in vier Stunden auch an den Urlaubsort (!) gebracht hätte, wußte sie von nichts?

Nicht die Polizei hatte versagt, sondern die Politik. Heuchler.

Niemand in NRW wollte Neujahr 2016 die Wirklichkeit wissen. Die rote Landesmutter Hannelore Kraft hatte „Willkommenskultur“

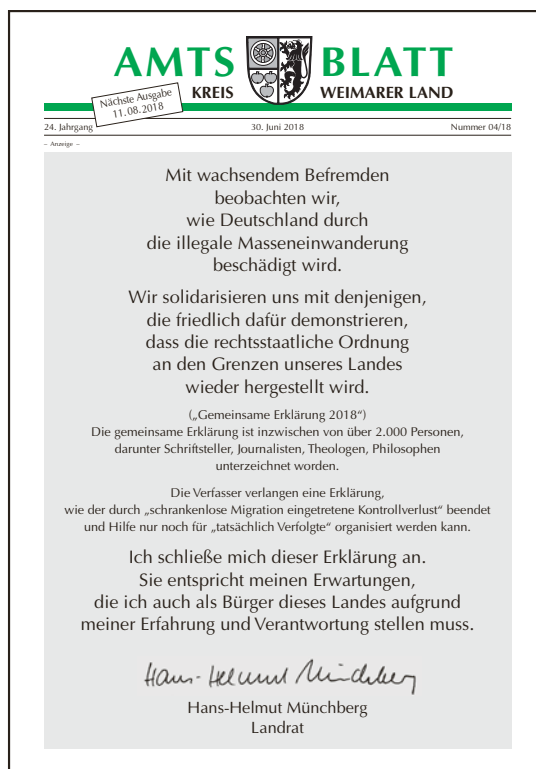
kulturelle Unterschiede und Ähnlichem werden Probleme niedergeduschelt.

An kriminalitätsbelasteten Orten (KbO) sollen keine anlaßlosen Kontrollen stattfinden dürfen. Grüne, Linke und Piraten sind dagegen. Für Vorratsdatenspeicherung gibt es bei der SPD keine Mehrheit. Die Integrationsbeauftragte Aydan Özoguz beklagt, Polizeirazzien hinterließen Spuren bei muslimischen Jugendlichen. Straftäter, bei deren Namen unterschiedliche Schreibweisen möglich sind, können sich

in Europa ungehindert bewegen. Die EU hatte zwar die Krümmung der Salatgurke geregelt, war aber bisher nicht in der Lage, Personen, Identitäten und Erkenntnisse in Europa schnell und sicher zusammenzuführen. DNA-Analysen, mit denen Haarfarbe, Augenfarbe, Herkunft, Alter bestimmt werden können, verstoßen angeblich gegen Persönlichkeitsrechte, obwohl eine konkrete Person noch gar nicht ermittelt ist. In den Niederlanden ist bereits seit 2003 erlaubt, mit genetischen Tests Herkunft, Augen- und Hautfarbe zu ermitteln. Bodycams an Polizisten bringen angeblich nach Meinung Linker nichts. Auch könnten sie die Persönlichkeits-

rechte von Tätern verletzen. [...] Innenminister verabredeten die Schaffung eines gemeinsamen Abhörzentrums. Thüringen war nicht dabei. Die Liste solcher Fakten ließe sich nahezu unendlich fortsetzen.

Die Geheimdienste dieses Landes werden systematisch kleingeredet und demontiert. Dabei weiß jeder vernünftig Denkende, daß mit den unkontrollierten Flüchtlingsfluten auch Schläfer



verordnet. Da passen kantenscharfes Vorgehen der Polizei und Massenvergewaltigungen auf der Domplatte nicht.

Der Berliner Attentäter hatte freie Fahrt, weil die politischen Verantwortlichen im rot-rot-grünen Berlin und im rot-grünen Nordrhein-Westfalen sich wegduckten, wenn islamistische Straftäter und Haßprediger auftraten. Mit Worthülsen über Religionsfreiheit, Redefreiheit, Würde des Menschen,

des IS bei uns eingeschleust worden sind. [...]

Verantwortlich dafür, daß unsere Polizei und unsere Dienste schaumgebremst ermitteln und handeln müssen, ist eine Bande von Heuchlern, die letztendlich verhindert, daß unsere Sicherheitsbehörden schlagkräftig sind, bestausgerüstet sind und alle denkbaren technischen Möglichkeiten zur vorsorglichen Aufklärung erhalten.

Nach den Ausschreitungen und Plünderungen des G20-Gipfels in Hamburg wird gleichermaßen heuchlerisch gefragt, wie es dazu kommen konnte. Verantwortlich waren eine Politik und ein Zeitgeist, die linke Gewalt kleinreden und beschönigen. [...]

All das sind Schlaglichter auf ein bescheuertes Land, dessen öffentliche Meinung zum Teil von Lebenslügen lebt und nicht in der Lage ist, Vorgänge bis zum Ende zu denken. Denn das wäre dringend nötig, alle diese Ereignisse bis zum Ende zu denken: Wo führt das hin? Auch hier – wie bei allem – gilt: Wehret den Anfängen!

Wir sollten uns schon ein paar Sorgen um unsere Sicherheit machen.

Es sind Traumtänzer, die davon faseln und sich wundern, wie sich junge Männer hier in Deutschland radikalieren könnten, Gutmenschen, die verdrängen, daß hunderttausende junge Männer nach Deutschland gekommen sind, um schnell Geld zu verdienen und viel Geld nach Hause zu schicken. Junge Männer, für die derzeit kein Arbeitsplatz da ist, weil sie die Qualifikation nicht haben und die Sprache nicht beherrschen. Junge Männer, die randvoll sind mit Testosteron und Motivation, Tatendrang und Hoffnungen und die eines Tages aufwachen und feststellen werden, daß Deutschland ihnen ihre Träume nicht erfüllen kann oder nicht erfüllen will. Dazu kommt noch, daß jeder, der diese Probleme anspricht, sofort das Etikett „Rechts“ oder „Nazi“ verpaßt bekommt.

Ein bescheuertes Land.

Es traut sich kaum jemand noch im Staat, die Gesetze konsequent anzuwenden oder deren Anwendung einzufordern. Ab-

schiebungen? – sind gegen die Menschenwürde. Altersbestimmungen von angeblich minderjährigen Flüchtlingen? Da wird die Behörde bombardiert mit dem Hinweis, das Alter sei „im vertrauensvollen Gespräch mit dem ‚Minderjährigen‘ festzustellen“, da ergehen „Handreichungen“, nach denen jede Röntgenuntersuchung „Körperverletzung“ und „ein Eingriff in die körperliche Unversehrtheit“ sei (unsereins ist froh, wenn man zeitnah einen MRT-Termin bekommt!). Mitarbeiter, wenn sie nicht von besonderer Hartnäckigkeit sind – und wer ist das schon?, werden eingeschüchtert und verunsichert und zu der Erkenntnis gebracht: „Es hat doch alles keinen Zweck.“

Doch es hat Zweck.

Unsere Polizei braucht keine Belehrungen vom Rande des Spielfeldes, sondern Ermutigungen und unser Vertrauen. Gleiches gilt für die Dienste des Landes.

Es ist Zeit, sich gegen die Heuchler, gegen den öffentlichen Irrsinn entgegenzustellen.

Ihr Landrat

Hans-Helmut Münchberg«

Liebe Leser, ganz privat:

Aus unserem Arbeitsalltag

Die seit dem 25.5.2018 zu beachtende »DSGVO« (Datenschutzgrundverordnung) und das dazugehörigen neue »BDSG« (Bundesdatenschutzgesetz) haben auch uns wochen- und nächtelang an den Rand unserer Kräfte gebracht.

Manche Handwerker und mittelständischen Betriebe waren mit den 255 Seiten langen Gesetzen überfordert, Internetseiten (u.a. von einer Freiwilligen Feuerwehr) wurden eingestellt, sogar Anwaltskammern stellten ihre »Newsletter« ein, weil sie nicht wußten, ob und welche Daten sie an ihre Mitglieder weitergeben dürften. Friseure, die die Eigenheiten ihrer Kunden »gespeichert« hatten, wußten nicht, was sie wissen dürfen, ohne daß ihr Kunde seine Einwilligung gibt (schriftlich, über Jahre aufzubewahren!).

Sie können versichert sein, daß wir – wie seit nun fast 50 Jahren! – Ihre Adressen und das, was Sie uns schreiben und mitteilen, nie an andere weitergeben, schon gar nicht zur Werbung an Dritte.

Um neue Leser zu gewinnen, müssen wir sie mit Probeheften beliefern. Dazu aber müssen wir ihre Daten »speichern«, sonst könnten wir die Anschriften nicht ausdrucken.

Um so mehr sind wir jetzt auf unsere UN-Bezieher angewiesen, uns Namen und Anschriften aus ihrem Verwandten-, Bekannten- und Freundeskreis politisch Gleichgesinnter zu nennen, die sie nicht selbst »versorgen« können.

Überlegen Sie bitte, ob auch Sie uns solche Listen senden können!

Mit Dank im Voraus

Ihre UN-Mitarbeiter

Absurdistan in drei Akten ... (Fortsetzung folgt!)

Manchmal hilft wirklich nur noch Galgenhumor, dieses Absurdistan zu ertragen, wie es sich am Beispiel des Herrn *Sami A.* offenbart:

Absurdistan zum Ersten:

Sami A., der ausgebildete Al-Kaida-Kämpfer, Leibwächter von *bin Laden* und Haßprediger, lebte jahrelang vom bundesdeutschen Sozialsystem umhütselt und versorgt in unserem Land der Gutmenschen – 18 Jahre lang auf Kosten von uns allen. Sein Chef *Osama bin Laden* wurde von einem US-Kommando brutal erschossen und die Leiche im Meer versenkt, ohne Gerichtsurteil und Gnade, und eine weltweite Jagd auf »Terroristen« begann.

Sein Leibwächter aber gelangte auf wundersame Weise nach Deutschland, wurde nie ange-

klagt, weder in der BRD noch in seinem Heimatland, und auch die USA forderten nie seine Auslieferung. Mehrere Ermittlungsverfahren wurden »mangels Beweisen« eingestellt.

Ein Schelm, wer Böses dabei denkt: 18 Jahre lang ein monatliches Schweigegeld in Höhe einer Durchschnittsrente? Fürchtete man die Aufdeckung verschwiegener Wahrheiten?

Absurdistan zum Zweiten:

Weder Frau *Merkel* noch ihr Innenminister der Vorgängerregierung, *Thomas de Maizière*, zeigten öffentliches Interesse an den seit 2014 laufenden, aber vergeblichen Bemühungen der deutschen Behörden, ihn abzuschleppen. Erst als die Medien vor Monaten in Schlagzeilen über dessen »All-Inclusive«-Versorgung in Bochum berichteten und Herr *Seehofer* sich für die Landtagswahl in Bayern profilieren wollte, kam Bewegung in den Skandal.

Recht und Freiheit muß man schützen, gegen die, die oben sitzen!

Motiv als Aufkleber lieferbar

Absurdistan zum Dritten:

Eine Kammer des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen bestätigte den Abschiebeentscheid und *Sami A.* wurde in ein Flugzeug gesetzt. Als dieses schon in der Luft war, wurde den Behörden bekannt, daß eine zweite, andere Kammer des gleichen Gerichts im Eilverfahren den Bescheid aufgehoben hatte und anschließend die Rückholung des Gefährdeters forderte. Der Rechtsstaat gebiete das.

Laut Medien ging dieser Beschluß aber nicht rechtzeitig ein, weil die Schreibstube des Gerichts nicht besetzt war und das Faxgerät nicht bedient wurde.

Genug von Absurdistan? Wir auch!

Sie erhalten nur ein UN-Heft? Und was weiß Ihr Nachbar? Bitte bestellen Sie 2, 3, 5 oder 10 Hefte monatlich!

SEPA-Lastschriftmandat

Gläubiger-Identifikationsnummer: **DE45ZZZ00000086750**; Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt
 Ich ermächtige den Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Vorname und Name (Kontoinhaber) _____

Name des Kreditinstituts _____

BIC (SWIFT) _____

IBAN _____

- Dieses Mandat gilt nur für nebenstehende Einzugsermächtigung.
 Für die Vorankündigungen (»Prenotification«) der Lastschriften gilt eine verkürzte Frist von 2 Kalendertagen.

Datum, Unterschrift _____

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige den Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., folgende Beträge mittels Lastschrift von meinem Konto einzuziehen:

Betrag: _____ Euro

- einmalig jährlich
 halbjährlich zweimonatlich
 vierteljährlich monatlich

ab (Datum): _____

Datum, Unterschrift _____

Hinweis: Diese Einzugsermächtigung kann nur mit einem gültigen SEPA-Lastschriftmandat ausgeführt werden.

AUFWACHEN, LIEBE NACHBARN!

Historisch einzigartiges Experiment

»... daß wir hier [gemeint ist Deutschland] ein historisch einzigartiges Experiment wagen, und zwar eine monoethnische, monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln. Das kann klappen. Es wird, glaub ich, auch klappen. Aber dabei kommt es natürlich auch zu vielen Verwerfungen.«

Yascha Mounk, Politikwissenschaftler an der Harvard-Universität (Cambridge), in den »tagesthemen« vom 20.2.2018

Geld nach Afrika, Menschen hierher!

Die Geldüberweisungen von »Flüchtlingen« und Migranten an ihre Familien in den Heimatländern nehmen von Jahr zu Jahr zu. Die so abfließenden Gelder sind mehr als doppelt so hoch wie der Etat der offiziellen Entwicklungshilfe.

Auf Anfrage erklärte die Bundesregierung, daß im Jahr 2016 aus Deutschland 17,7 Milliarden Euro auf diesem Wege in die Herkunftsländer flossen. Vor zehn Jahren noch waren es »nur« rund 11 Milliarden.

Dieser private Geldtransfer fließt aus der deutschen Wirtschaft ab. Ist es selbstverdientes Geld, mag das angehen, wenn es auch dem Wirtschaftskreislauf ver-

loren geht. Stammt es aus den Töpfen des Sozialamtes oder der Arbeitsagentur, ist es unser Geld, das die alleinreisenden Familienväter aus dem gelobten Land ihren Angehörigen schicken.

Wenn ein Migrant einen Teil seines staatlichen Lebensunterhalts nach Hause schickt, mag das ehrenhaft sein, aber nicht, wenn er sich dann bei der Tafel anstellt, um Lebensmittel zu ergattern. Leider sagt die Statistik darüber nichts aus. Die Bundesregierung begrüßt diesen Transfer, er sei »entwicklungsfördernd«.

Wir fürchten, daß er noch mehr kräftige junge Männer anreizt, in das Land zu kommen, wo Milch und Honig fließen.

Für die Wahrung der Grund- und Bürgerrechte des Einzelnen, der Souveränität und Selbstbestimmung der Nationen, für das Heimatrecht der Völker im eigenen Land, für den Erhalt der Pressevielfalt und Meinungsfreiheit.

FÜR IHRE BESTELLUNG:

Bitte einsenden an: UN, Postfach 101706, 46017 Oberhausen

Ich bitte, mir monatlich 1 - 2 - 3 - 5 - 10 Exemplar(e) der UN zuzusenden. Ich gehe damit kein Abonnement mit Verpflichtungen oder Kündigungsfristen ein. Die UN werden ehrenamtlich zu Selbstkosten erstellt (zur Zeit 1,50 Euro je Exemplar einschließlich Porto, ab 10 Stück 1,- Euro je Exemplar).

Ich bitte um eine kostenlose Probesendung verschiedener Ausgaben der UN. 1,45 Euro Rückporto liegen in Briefmarken bei.

Ich bitte um Zusendung von _____ Ex. der UN-Ausgabe Nr. _____ mit / ohne Kostenbeteiligung (siehe oben).

Einen Kostenbeitrag in Höhe von _____ Euro lege ich per Verrechnungsscheck / in bar bei - zahle ich per Einzug - kann ich zur Zeit nicht leisten.

Name/Anschrift: _____

Jahrgang: _____ Telefon: _____ (für Rückfragen)

Einwilligungserklärung zur Datenspeicherung und -weitergabe

Die angegebenen personenbezogenen Daten, die allein zum Zwecke der Ausführung der Bestellung notwendig und erforderlich sind, werden auf Grundlage gesetzlicher Berechtigungen erhoben.

Mit meiner Unterschrift bin ich damit einverstanden, daß meine Daten zum Zwecke der Ausführung an Dritte (Versanddienstleister, Post- und Paketdienste) weitergeben werden.

Meine Einwilligung zur Datenspeicherung und -weitergabe kann ich jederzeit ohne Angabe von Gründen mit Wirkung für die Zukunft abändern oder gänzlich widerrufen.

Datum: _____ Unterschrift: _____

ERSCHEINUNGSVERMERK

UN - Unabhängige Nachrichten
Postfach 101706
D-46017 Oberhausen

Telefon: 0208 - 84 01 32
Telefax: 0208 - 84 87 057
E-Post: info@un-nachrichten.de

Bankverbindung:

FK UN e.V.
IBAN: DE75 1001 0010 0636 5391 01
BIC: PBNKDEFF

Internet:

www.un-nachrichten.de
www.fb.com/UN.Nachrichten

Impressum:

Herausgeber: Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen

verantwortw. Schriftleiter: Annette Kruse

Für unverlangt eingesandte Zuschriften wird keine Haftung übernommen!

Kein gewerbliches Unternehmen. Außer Satz und Druck ist alle Mitarbeit ehrenamtlich.

Keine Werbung oder Anzeigenaufnahme.

Kein Verkauf, Kostenbeiträge sind freiwillig, z.Zt. entstehen Selbstkosten von etwa 1,50 Euro je Ausgabe einschließlich Porto.

Diese Zeitschrift wird vor dem Druck von Anwälten auf strafrechtliche Unbedenklichkeit überprüft.

Druck: Wegeor GmbH, Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen

Alle redaktionellen Texte dieser Ausgabe stehen, soweit nicht anders gekennzeichnet, unter der »Creative-Commons«-Lizenz CC BY-NC 4.0 und dürfen damit weiterverwendet werden.
creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/